



4. Dem Arbeitnehmer ist bekannt, dass eine Beitragsfreistellung der Direktversicherung mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist: Da aus den Beiträgen u. a. auch Abschluss- und Verwaltungskosten (etwa die Aufwendungen für Versicherungsvertriebsprovisionen, Beratung, Gesundheitsauskünfte oder die Ausstellung des Versicherungsscheins) finanziert wurden, entspricht das Deckungskapital zum Zeitpunkt der Beitragsfreistellung nicht der Summe der bis dahin gezahlten Beiträge.

Bei einer vorzeitigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses ist daher die Weiterführung des Versicherungsvertrags durch den neuen Arbeitgeber oder ggf. die private Fortführung durch den Arbeitnehmer zu empfehlen.

5. Der Arbeitgeber erteilt dem Arbeitnehmer eine **beitragsorientierte Leistungszusage**. Zur Finanzierung dieser Versorgungszusage schließt der Arbeitgeber für den versorgungsberechtigten Arbeitnehmer auf dessen Leben eine nach § 3 Nr. 63 EStG geförderte Direktversicherung bei der Continentale Lebensversicherung AG mit folgenden Merkmalen ab:

a)  **Aufgeschobene Rentenversicherung nach Tarif RC mit Rentenbeginnalter** ..... Jahre und ..... Monate

- Todesfall-Leistung Beitragsrückgewähr (bei Tod in der Ansparphase)
- Todesfall-Leistung Rentengarantiezeit ..... Jahre (bei Tod in der Rentenphase)
- oder
- Todesfall-Leistung Kapitalrückgewähr (bei Tod in der Rentenphase)
- bAV-Beitragsdynamik 4% (Steigerung des Beitrags um 4 % der jeweiligen jährlichen Erhöhung der BBG)
- bAV-Beitragsdynamik 8% (Steigerung des Beitrags um 8 % der jeweiligen jährlichen Erhöhung der BBG)
- Garantierte Rentensteigerung ..... % bei der Altersrente
- Lebenspartnerrente (nur, wenn weder Beitragsrückgewähr noch Rentengarantie noch Kapitalrückgewähr vereinbart ist)

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung PremiumBUZ

mit

- Berufsunfähigkeitsrente und Beitragsbefreiung für die Dauer einer Berufsunfähigkeit, höchstens bis Alter ..... Jahre ..... Monate
- Garantierte Rentensteigerung um ..... % bei der Berufsunfähigkeitsrente
- Beitragsbefreiung für die Dauer einer Berufsunfähigkeit, höchstens bis Alter ..... Jahre ..... Monate
- als EasyBUZ (mit vereinfachter Gesundheitsprüfung; nicht möglich mit Lebenspartnerrente)

Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung PremiumEUZ

mit

- Erwerbsunfähigkeitsrente und Beitragsbefreiung für die Dauer einer Erwerbsunfähigkeit, höchstens bis Alter ..... Jahre ..... Monate
- Garantierte Rentensteigerung um ..... % bei der Erwerbsunfähigkeitsrente
- Beitragsbefreiung für die Dauer einer Erwerbsunfähigkeit, höchstens bis Alter ..... Jahre ..... Monate
- als EasyEUZ (mit vereinfachter Gesundheitsprüfung; nicht möglich mit Lebenspartnerrente)

b)  **Selbständige Berufsunfähigkeitsversicherung PBU – Continentale PremiumBU**

Versicherungsdauer bis Alter ..... Jahre ..... Monate

Leistungsdauer bis Alter ..... Jahre ..... Monate

- Garantierte Rentensteigerung um ..... % bei der Berufsunfähigkeitsrente

c)  **Selbständige Erwerbsunfähigkeitsversicherung PEU – Continentale PremiumEU**

Versicherungsdauer bis Alter ..... Jahre ..... Monate

Leistungsdauer bis Alter ..... Jahre ..... Monate

- Garantierte Rentensteigerung um ..... % bei der Erwerbsunfähigkeitsrente

6. Beginn der Versorgungszusage ist der Versicherungsbeginn der Direktversicherung.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber sämtliche für den Abschluss des Versicherungsvertrags erforderlichen Unterlagen und Angaben zur Verfügung zu stellen. Bei Einschluss einer Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsabsicherung oder der Lebenspartnerrente ist er verpflichtet, Auskünfte über seinen Gesundheitszustand zu geben und sich ggf. ärztlich untersuchen zu lassen. Der Arbeitnehmer erteilt durch Unterzeichnung dieser Vereinbarung seine Einwilligung zum Abschluss der Versicherung.

7. Art und Umfang der Direktversicherung und die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen ergeben sich aus dieser Versorgungszusage, insbesondere den nachfolgenden Bestimmungen, aus dem Versicherungsvertrag einschließlich der zugrunde liegenden Versicherungsbedingungen und ggf. aus dem Kollektivvertrag, der mit der Continentale Lebensversicherung AG abgeschlossen wurde. Werden Leistungsansprüche von der Continentale Lebensversicherung AG rechtmäßig abgelehnt, führt dies insoweit auch zum Ausschluss von Berufsunfähigkeits-, Erwerbs-

unfähigkeits- bzw. Todesfall-Leistungen aus dieser Versorgungszusage. Die von der Continentale Lebensversicherung AG für den Versicherungsvertrag zugewiesenen Überschussanteile werden ausschließlich zur Erhöhung der versicherten Leistung verwendet.

a) **Altersrente** (sofern vereinbart)

- (1) Die Altersrente wird ab dem vereinbarten Rentenbeginn lebenslang gezahlt. Als vereinbarter Rentenbeginn gilt auch der im Rahmen der zugrunde liegenden Versicherungsbedingungen hinausgeschobene Rentenbeginn.
- (2) Die Höhe der Altersrente entspricht der Versicherungsleistung aus der Direktversicherung.
- (3) Ist der Ergänzungsbaustein Garantierte Rentensteigerung vereinbart, wird die erreichte garantierte Rente – ohne Berücksichtigung der Überschussbeteiligung während der Rentenphase – während der Rentenphase jährlich um den vereinbarten Prozentsatz erhöht. Die Erhöhung der Rente erfolgt erstmals ein Jahr nach Rentenbeginn.
- (4) Die Altersrente kann auch mit einer Kapitalleistung kombiniert werden. In diesem Falle werden mindestens 70 Prozent des vorhandenen Kapitals für die Bildung der Altersrente verwendet, höchstens 30 Prozent des vorhandenen Kapitals werden ausgezahlt. Die Erklärung des Arbeitnehmers, dass er eine Kombination von Altersrente und Kapitalleistung wünscht, muss der Continentale Lebensversicherung AG spätestens vier Wochen vor dem vereinbarten Rentenbeginn in Textform zugegangen sein.
- (5) Anstelle der vereinbarten Altersrente kann der Arbeitnehmer die Zahlung einer einmaligen Kapitalleistung wählen. Das Wahlrecht darf aus steuerlichen Gründen frühestens 12 Monate vor Rentenbeginn ausgeübt werden. Die Erklärung des Arbeitnehmers, dass er eine Kapitalleistung wählt, muss der Continentale Lebensversicherung AG spätestens vier Wochen vor dem vereinbarten Rentenbeginn in Textform zugegangen sein.

b) **Vorgezogene Altersrente** (sofern Altersrente vereinbart)

- (1) Für die Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente wird folgende Festlegung getroffen:  
 Der Arbeitnehmer kann ab Erreichen des 62. Lebensjahres eine vorgezogene Altersrente beanspruchen.  
  
Sofern die vorstehende Festlegung nicht getroffen wurde, gilt stets die gesetzliche Regelung, d. h. § 6 BetrAVG; das gilt auch für Versorgungsberechtigte, die nicht unter das BetrAVG fallen (z. B. beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer).
- (2) Die vorgezogene Altersrente wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen aus den zum Zeitpunkt der vorgezogenen Inanspruchnahme vorhandenen Mitteln berechnet.
- (3) Ist die Garantierte Rentensteigerung vereinbart, wird die bei Beginn der vorgezogenen Altersrente erreichte garantierte

Rente – ohne Berücksichtigung der Überschussbeteiligung während der Rentenphase – während der Rentenphase jährlich um den vereinbarten Prozentsatz erhöht. Die Erhöhung der Rente erfolgt erstmals ein Jahr nach Rentenbeginn.

- (4) Die vorgezogene Altersrente kann auch mit einer vorgezogenen Kapitalleistung kombiniert werden; Buchstabe a) Ziffer (4) gilt entsprechend. Die Erklärung des Arbeitnehmers, dass er eine Kombination von vorgezogener Altersrente und Kapitalentnahme wünscht, muss der Continentale Lebensversicherung AG spätestens vier Wochen vor dem vorgezogenen Rentenbeginn in Textform zugegangen sein.
- (5) Anstelle der vorgezogenen Altersrente kann der Arbeitnehmer die Zahlung einer einmaligen Kapitalleistung wählen. Das Wahlrecht darf aus steuerlichen Gründen frühestens 12 Monate vor dem vorgezogenen Rentenbeginn ausgeübt werden. Die Erklärung des Arbeitnehmers, dass er die vorgezogene Kapitalleistung wählt, muss der Continentale Lebensversicherung AG spätestens vier Wochen vor dem vorgezogenen Rentenbeginn in Textform zugegangen sein.

c) **Berufsunfähigkeitsleistung** (sofern vereinbart)

- (1) **Berufsunfähigkeitsrente** (sofern vereinbart)  
Der Arbeitnehmer erhält eine Berufsunfähigkeitsrente, wenn und solange er berufsunfähig ist. Darüber hinaus wird die Direktversicherung für die Dauer der Berufsunfähigkeit, höchstens jedoch für die Dauer der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, ohne weitere Beitragszahlung fortgeführt. Für die Feststellung der Berufsunfähigkeit, die Höhe der Berufsunfähigkeitsrente und die Leistungsdauer sowie die Dauer der Beitragsbefreiung gelten die in der Direktversicherung getroffenen Vereinbarungen.
- (2) Ist die Garantierte Rentensteigerung im Leistungsfall (Leistungsdynamik) vereinbart, wird während der Berufsunfähigkeit die erreichte versicherte Rente ohne Berücksichtigung der Überschussbeteiligung jährlich um den vereinbarten Prozentsatz erhöht. Die Erhöhung der Rente erfolgt erstmals zum Jahrestag des Versicherungsbeginns, der auf den Beginn der Rentenzahlung folgt. Beträgt der Zeitraum weniger als ein Jahr, wird die erste Erhöhung anteilig berechnet.
- (3) **Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit** (sofern vereinbart)  
Im Falle von Berufsunfähigkeit des Arbeitnehmers bleibt die volle Anwartschaft auf die Altersrente erhalten. Die Direktversicherung wird ohne weitere Beitragszahlung fortgeführt. Für die Feststellung der Berufsunfähigkeit und die Dauer der Beitragsbefreiung gelten die in der Direktversicherung getroffenen Vereinbarungen.
- (4) Bei Tarif PBU  
Der Arbeitnehmer hat – unter den in den Versicherungsbedingungen genannten Voraussetzungen und Vorbehalten – das Recht, einmalig die Versicherungs- und Leistungsdauer des Versicherungsvertrags ohne erneute Risikoprüfung zu verlangen, wenn und soweit die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung erhöht wird. Mit der Verlängerung erhöht sich der Beitrag nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik. Macht der Arbeitnehmer von

dem Verlängerungsrecht Gebrauch, wird der Erhöhungsbeitrag grundsätzlich anteilig nach dem Verhältnis von Entgeltumwandlung und Arbeitgeberzuschuss gemeinsam von Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert.

Die Entgeltumwandlung (Gehalt/Sonderbezüge) des Arbeitnehmers und ggf. der Arbeitgeberzuschuss erhöhen sich ab dem in dem Nachtrag zum Versicherungsschein genannten Termin.

Die Verlängerung des Versicherungsvertrags kann nur innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten der gesetzlichen Änderung verlangt werden.

**d) Erwerbsunfähigkeitsleistung (sofern vereinbart)**

**(1) Erwerbsunfähigkeitsrente (sofern vereinbart)**

Der Arbeitnehmer erhält eine Erwerbsunfähigkeitsrente, wenn und solange er erwerbsunfähig ist. Darüber hinaus wird die Direktversicherung für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, höchstens jedoch für die Dauer der Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung, ohne weitere Beitragszahlung fortgeführt.

Für die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, die Höhe der Erwerbsunfähigkeitsrente und die Leistungsdauer sowie die Dauer der Beitragsbefreiung gelten die in der Direktversicherung getroffenen Vereinbarungen.

**(2) Ist die Garantierte Rentensteigerung im Leistungsfall (Leistungsdynamik) vereinbart, wird während der Erwerbsunfähigkeit die erreichte versicherte Rente ohne Berücksichtigung der Überschussbeteiligung jährlich um den vereinbarten Prozentsatz erhöht. Die Erhöhung der Rente erfolgt erstmals zum Jahrestag des Versicherungsbeginns, der auf den Beginn der Rentenzahlung folgt. Beträgt der Zeitraum weniger als ein Jahr, wird die erste Erhöhung anteilig berechnet.**

**(3) Beitragsbefreiung bei Erwerbsunfähigkeit (sofern vereinbart)**  
Im Falle von Erwerbsunfähigkeit des Arbeitnehmers bleibt die volle Anwartschaft auf die Altersrente erhalten. Die Direktversicherung wird ohne weitere Beitragszahlung fortgeführt. Für die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit und die Dauer der Beitragsbefreiung gelten die in der Direktversicherung getroffenen Vereinbarungen.

**e) Todesfall-Leistung (sofern zur Altersrente vereinbart)**

■ Bei Vereinbarung der Beitragsrückgewähr:  
Stirbt der Arbeitnehmer vor Rentenbeginn, wird die Versicherungsleistung bedingungsgemäß als Hinterbliebenenrente oder Sterbegeld gezahlt.

Die Hinterbliebenenrente wird fällig, wenn der Hinterbliebene nicht innerhalb der ihm von der Continentale Lebensversicherung AG gesetzten Frist von seinem Kapitalwahlrecht Gebrauch gemacht hat.

■ Bei Vereinbarung der Rentengarantiezeit:  
Stirbt der Arbeitnehmer in der Rentenphase während der Garantiezeit, wird die Rente bedingungsgemäß an Hinterbliebene für die weitere Dauer der Garantiezeit gezahlt.

Sofern der Rentenbeginn hinausgeschoben wird, wird ggf. die Rentengarantiezeit nach den zugrunde liegenden Versicherungsbedingungen verkürzt.

■ Bei Vereinbarung der Kapitalrückgewähr:  
Stirbt der Arbeitnehmer in der Rentenphase, wird die Versicherungsleistung bedingungsgemäß als Hinterbliebenenrente oder Sterbegeld gezahlt.

Die Hinterbliebenenrente wird fällig, wenn der Hinterbliebene nicht innerhalb der ihm von der Continentale Lebensversicherung AG gesetzten Frist von seinem Kapitalwahlrecht Gebrauch gemacht hat.

■ Bei Vereinbarung der Lebenspartnerrente:  
Die Lebenspartnerrente wird bedingungsgemäß lebenslang an die mitversicherte Person gezahlt. Mitversicherte Person kann nur eine der nachstehend in Ziffer (1) und (2) genannten Personen sein.

Ein neuer Ehegatte oder neuer Lebensgefährte des Arbeitnehmers wird erst dann von dieser Versorgungszusage erfasst, wenn er als mitversicherte Person in den Versicherungsschein aufgenommen worden ist. Der Arbeitgeber wird den neuen Ehegatten/Lebensgefährten des Arbeitnehmers der Continentale Lebensversicherung AG unverzüglich mitteilen und beantragen, dass dieser als mitversicherte Person in den Versicherungsvertrag aufgenommen wird. Ggf. ist hierfür eine Prüfung der Gesundheitsverhältnisse des Arbeitnehmers erforderlich, an der er mitzuwirken hat (s. Ziffer 6 Absatz 2).

Begünstigt für die jeweilige Hinterbliebenenleistung sind in folgender Rangfolge:

(1) der Ehegatte, mit dem der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt seines Todes verheiratet war oder der Partner, mit dem der Arbeitnehmer zum Zeitpunkt seines Todes in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) lebte;

(2) der in dieser Versorgungszusage benannte Lebensgefährte des Arbeitnehmers, wenn zum Zeitpunkt des Todes des Arbeitnehmers eine gemeinsame Haushaltsführung bestand.

Lebensgefährte des Arbeitnehmers ist:

Name, Vorname .....

Geburtsdatum.....

Der Arbeitnehmer versichert, dass mit dem vorgenannten Lebensgefährten eine gemeinsame Haushaltsführung besteht.

Soll ein anderer als der hier benannte Lebensgefährte die Hinterbliebenenleistung erhalten, ist dies dem Arbeitgeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Mit Zugang der schriftlichen Mitteilung wird der neue Lebensgefährte des Arbeitnehmers in diese Versorgungszusage insoweit eingeschlossen.

1. Ausfertigung: Arbeitgeber 2. Ausfertigung: Arbeitnehmer 3. Kopie: Continentale Lebensversicherung AG

sen, als für die Todesfall-Leistung die Beitragsrückgewähr und/oder die Rentengarantie bzw. die Kapitalrückgewähr vereinbart sind.

- (3) die nach § 32 Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und Absatz 5 EStG zu berücksichtigenden Kinder des Arbeitnehmers im steuerlichen Sinne, sofern die dort genannten Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Todes erfüllt waren.

Ein im Rang vorhergehender Hinterbliebener schließt die nachfolgenden Hinterbliebenen aus. Dieser Ausschluss gilt – außer im Falle von Leistungen aus der Rentengarantie – auf Dauer.

Ist ein Hinterbliebener gemäß Ziffern (1) bis (3) nicht vorhanden, wird die Hinterbliebenenleistung – höchstens jedoch in Höhe von 8.000 Euro – als Sterbegeld an die Erben des Arbeitnehmers ausgezahlt.

8. Die Anwartschaft auf die Versorgungsleistungen ist sofort unverfallbar. Unwiderruflich bezugsberechtigt für die Versorgungsleistungen nach Ziffer 7 Buchstaben a) bis d) ist der Arbeitnehmer. Verpfändungen, Abtretungen oder Beleihungen durch den Arbeitgeber oder durch den Arbeitnehmer sind ausgeschlossen.

Bei Tod des versorgungsberechtigten Arbeitnehmers wird eine eventuelle Todesfall-Leistung an die in Ziffer 7 Buchstabe e) Ziffern (1) bis (3) genannten Personen in der dort genannten Rangfolge ausgezahlt.

9. Scheidet der Arbeitnehmer vor Eintritt des Versorgungsfalles mit einer unverfallbaren Anwartschaft aus den Diensten des Arbeitgebers aus, beabsichtigt der Arbeitgeber gemäß § 2 Absatz 2 Satz 3 BetrAVG die Versorgungsansprüche des Arbeitnehmers aus dieser Zusage auf diejenigen Leistungen zu begrenzen, die sich aufgrund der Beitragszahlung des Arbeitgebers aus dem Versicherungsvertrag ergeben (versicherungsförmige Lösung). Diese Begrenzung wird auch bei Inanspruchnahme der vorgezogenen Altersrente gelten. Der Arbeitgeber wird die versicherungsförmige Lösung gegenüber dem Arbeitnehmer und der Continentale Lebensversicherung AG frühestens dann erklären, wenn eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses konkret bevorsteht, spätestens jedoch innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens. Er wird zudem innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens eine eventuelle Abtretung der Versicherung rückgängig machen und etwaige Beitragsrückstände ausgleichen. Ferner wird der Arbeitgeber bei der Continentale Lebensversicherung AG beantragen, dass die Versicherungsnehmereigenschaft auf den Arbeitnehmer übertragen wird; der Arbeitnehmer verpflichtet sich, diesem Versicherungsnehmerwechsel zuzustimmen. Die Direktversicherung

kann von dem Arbeitnehmer gegen laufende Beitragszahlung fortgeführt oder in eine beitragsfreie Versicherung umgewandelt werden, sofern die Voraussetzungen für eine solche Umwandlung gegeben sind.

Nach § 2 Abs. 2 Satz 4 bis 6 BetrAVG darf der ausgeschiedene Arbeitnehmer die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag in Höhe des durch die Beitragszahlung des Arbeitgebers gebildeten Kapitals weder abtreten oder beleihen noch aufgrund einer Kündigung des Versicherungsvertrags den Rückkaufwert in Anspruch nehmen. Im Falle der Kündigung wird die Versicherung beitragsfrei fortgeführt.

10. Bei Gehaltserhöhungen sowie bei der Bemessung gehaltsabhängiger Leistungen, wie Weihnachtsgratifikationen, Zuschläge etc., bleiben die Gesamtbezüge einschließlich der Umwandlungsbeträge maßgebend.
11. Die Versicherungsbeiträge wird der Arbeitgeber während der Beitragszahlungsdauer der Direktversicherung in der vereinbarten Höhe so lange und insoweit entrichten, als er zur Zahlung der Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis verpflichtet ist. Die Beitragszahlung durch den Arbeitgeber entfällt, solange der Arbeitnehmer bei fortbestehendem Arbeitsverhältnis kein Entgelt erhält; der Arbeitnehmer hat insoweit das Recht, die Direktversicherung mit eigenen Beiträgen fortzusetzen (§ 1 a Abs. 4 BetrAVG).
12. Die Versorgungsleistungen sind nach § 22 Abs. 5 EStG einkommensteuerpflichtig und unterliegen ggf. der Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.
13. Der Arbeitnehmer kann nach § 4a BetrAVG Auskünfte, insbesondere in Bezug auf den Erwerb, die Entwicklung, die Unverfallbarkeit und den Übertragungswert der Versorgungsanwartschaft, verlangen.

#### 14. Datenschutz

Bei der Verwaltung der betrieblichen Altersversorgung werden personenbezogene Daten des Arbeitnehmers übermittelt, erfasst, gespeichert und verarbeitet. Soweit erforderlich, werden personenbezogene Daten an die Continentale Lebensversicherung AG sowie gegebenenfalls an im Rahmen der Bearbeitung beauftragte Dritte weitergegeben. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) werden dabei sowohl vom Arbeitgeber als auch von den Institutionen, die für den Arbeitgeber die Daten übermitteln, erfassen, speichern und verarbeiten, beachtet und eingehalten.

\_\_\_\_\_  
Datum (Stempel und Unterschrift des Arbeitgebers\*\*) Datum (Unterschrift des Arbeitnehmers)

\*\*) Unterschreibt der versorgungsberechtigte Arbeitnehmer auch als Geschäftsführer/Vertretungsberechtigter des Arbeitgebers/ Unternehmens, so erklärt er, dass er von den Beschränkungen des § 181 BGB (Verbot des Selbstkontrahierens) befreit ist.